



## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
08.08.2025 Ostsee-Zeitung.de: Beliebtes Bistro „Onkel Ben’s“ verlässt im Oktober Wolgast	4
10.08.2025 taz.de: Heftige Kritik an Castor-Transporten: Atommüll-Tourismus in NRW	6
10.08.2025 Nuklearia.de: Nuklearia-Aktion zum ARD-Sommerinterview mit Bärbel Bas	8

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Nach acht Jahren

# Beliebtes Bistro „Onkel Ben’s“ verlässt im Oktober Wolgast

Wolgast

In den Räumen am Wolgaster Rathausplatz kommt „Onkel Ben’s“ an seine Kapazitätsgrenzen. Täglich werden dort zehn Gerichte sowie die Mittagsverpflegung für drei Kitas auf Usedom gekocht. Wo Inhaber Ben Arnold und sein Team künftig für Frühstück und Mittag sorgen.

Das ist ein herber Verlust für die Stadt: Das beliebte Bistro „Onkel Ben’s“ am Rathausplatz verlässt nach acht Jahren Wolgast. Im Oktober ist Schluss. Dann zieht die Onkel-Ben’s-Familie mit Frühstück und Mittagstisch ins Industriegebiet von Lubmin. Der Neustart erfolgt am 1. November.

Inhaber Ben Arnold (41) übernimmt mit seinem Team die Kantine der Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN). Das Unternehmen hat offiziell seinen Sitz in Rubenow, weil das Grundstück, auf dem sich das EWN-Gelände befindet, zur Gemarkung der Gemeinde Rubenow gehört.

Umgangssprachlich allerdings sind nicht nur für Einheimische die EWN und Lubmin eine Einheit. Daher wird Ben Arnold samt Mannschaft künftig in Lubmin herzhaftes Frühstück und leckeres Mittagessen sowie Nachtisch anbieten. Und zwar nicht nur für die Beschäftigten der EWN, sondern auch für die Öffentlichkeit.

„Wir gehen mit einem lachenden und einem weinenden Auge aus unserem Herzlädchen in Wolgast weg“, sagt Ben Arnold. Denn zufriedene Gäste und die große Nachfrage seien eigentlich kein Grund, andernorts neu anzufangen. „Wir sind auch nicht satt von Wolgast. Aber es geht uns wie mit einer zu klein gewordenen Hose: Der Grund für unseren Weggang ist der beengte Platz. Unsere kleine Küche stößt schon

länger an ihre Kapazitätsgrenzen“, beschreibt Ben das Dilemma.

## Begrenzte Lagerkapazitäten in Wolgast

Er müsse viermal pro Woche Ware einkaufen, während andere Restaurants einmal pro Woche eine große Lieferung erhalten und sie ins Lager packen. „Unsere Lagerkapazitäten sind sehr begrenzt. Das häufige Einkaufen kostet viel Zeit und zusätzliches Geld“, so Ben.

Derzeit kocht er mit seinen fünf Mitarbeitern in seiner wunderbaren Altstadtkantine täglich zehn Gerichte. Außerdem kocht er für 200 Kinder aus drei Kitas in Zinnowitz, Trassenheide und Buddenhagen sowie während der Saison für einen Reiterhof. In der neu eingerichteten EWN-Werkskantine gibt es den Platz, den Wolgast nicht vorweisen kann.

## Alle Mitarbeiter kommen mit nach Lubmin

Die Kantine hat 160 Plätze und ist maximal für 2500 Essen ausgelegt. „Die EWN selbst hat 900 Mitarbeiter, dazukommen die zahlreichen Unternehmen im Industriegebiet Lubminer Heide. Und ich hoffe natürlich auch auf zahlreiche Esser von außerhalb“, sagt der Gastronom.

Als er sich an der öffentlichen Ausschreibung für die EWN-Kantine beteiligte, habe er sich null Chancen ausgerechnet. „Ich hätte nicht einen Cent darauf gewettet, dass ich den Zuschlag erhalte und habe zuerst gedacht, ich

habe mich verlesen“, berichtet er. Umso mehr freut ihn, dass seine gesamte Mannschaft mit nach Lubmin kommt.

## „Onkel Ben’s“ muss Personal aufstocken

Ben muss für Lubmin sein Personal aufstocken. „Ich suche Servicekräfte und auf Minijob-Basis Lieferfahrer für die Kitas. Wer Interesse hat, kann sich gerne bei mir bewerben“, sagt er. Vielleicht kommt ja im Bereich der Kita-Verpflegung auch noch was dazu. „Mein Anspruch sind hohe Qualität dank regionaler Produkte und Frische.“

In Lubmin will Ben Arnold zunächst in der Größenordnung wie in Wolgast beginnen. „Es muss Stück für Stück wachsen, indem ich mit meinen Gerichten überzeuge.“ Am 1. November lädt er in seiner neuen Kantine, die wieder „Onkel Ben’s“ heißen wird, zum Free Opening. Am 3. November startet der reguläre Betrieb.

## Nachfolger für Wolgast gesucht

Und was wird aus seinem liebevoll und mit viel Herzblut eingerichteten Bistro in Wolgast? „Am liebsten wäre mir, ich finde einen Nachfolger, der gleich die ganze Einrichtung mit übernimmt. Auch die Vermieterin hat diesen Wunsch. Gemeinsam hoffen wir, dass es uns gelingt, einen Nachmieter für den Rathausplatz zu finden“, sprudelt es aus ihm heraus.

OZ

Wörter: 610  
Autor/-in: Cornelia Meerkatz  
Rubrik: Usedom  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Einzelausgabe  
Visits (VpD): 3.413.557<sup>1</sup>

Weblink: <https://www.ostsee-zeitung.de/lokales/vorpommern-greifswald/usedom/beliebtes-bistro-onkel-ben-s-verlaesst-wolgast-und-zieht-nach-lubmin-ZVV7E2MU7ZDG5EY4O7Q3JLDD3Q.html>

<sup>1</sup>  
von PMG gewichtet 06-2025



„Onkel Ben’s“-Inhaber Ben Arnold und sein Team ziehen von Wolgast an einen neuen Standort. *Fotograf/-in: Quelle: Cornelia Meerkatz*



Seit acht Jahren betreibt Ben Arnold das Bistro „Onkel Ben’s“ am Rathausplatz. Bald verlässt er Wolgast aus Platzgründen. *Fotograf/-in: Quelle: Cornelia Meerkatz*

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



## Heftige Kritik an Castor-Transporten: Atommüll-Tourismus in NRW

10. August 2025 15:27 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Atommüll-Tourismus in NRW Nordrhein-Westfalen drohen die größten Atommülltransporte in der Geschichte. Nicht nur Atomkraftgegner:innen sind entsetzt.

10.8.2025 15:27 Uhr Nachschub soll kommen ins Zwischenlager Ahaus

Bochum taz | Mit heftiger Kritik und Empörung haben Atomkraftgegner:innen und die Partei Die Linke, aber auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf die Castor-Transportwelle aus dem rheinischen Jülich ins münsterländische Ahaus reagiert, die Nordrhein-Westfalen ab diesem Herbst droht.

Die „größte Transportserie mit hochradioaktivem Atommüll in der Geschichte der Bundesrepublik“ sei eine „politische Bankrotterklärung“ sowohl für die schwarz-grüne NRW-Landesregierung als auch für die schwarz-rote Bundesregierung, erklärte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Hubertus Zdebel, atompolitischer Sprecher der Linkspartei in NRW, sprach von einer „Missachtung des Parlaments“ – schließlich habe die Bundestagsfraktion der Linken noch im Juli einen Antrag gegen die Transporte der 152 Atommüll-Castoren gestellt, über den der Bundestag erst nach der Sommerpause entscheiden könne.

Und Nordrhein-Westfalens GdP-Chef Patrick Schlüter hält die Pläne schlicht für „Wahnsinn“ mit „Folgen für die Sicherheit im Land“ – denn zum Schutz des gefährlichen Atommülls, der per Lkw-Schwertransport über Autobahnen mitten durch die Landeshauptstadt Düsseldorf und das dicht besiedelte Ruhrgebiet gefahren werden soll, müsse auf Polizeibeamte zurückgegriffen werden, die dann „vor Ort in den Wachen fehlen“.

### Transportgenehmigung bis Mitte August

Auslöser der Kritik sind Einschätzungen des Vize-Fraktionschefs der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag, Alexander Vogt. Dessen Partei stellt in Berlin mit Carsten Schneider den Bundesumweltminister. Vogt hatte am Donnerstag in Düsseldorf erklärt, die SPD gehe davon aus, dass das Schneider unterstellte Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) eine Transportgenehmigung bis Mitte August erteilen werde. Beginnen könnten die Castor-Transporte dann „acht Wochen später“.

Das sei die „zwingend benötigte Vorbereitungszeit“, hatte der für den Polizeieinsatz zuständige CDU-Landesinnenminister Herbert Reul in einem der taz vorliegenden Schreiben an verschiedene Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen schon Mitte März erklärt. Eine taz-Anfrage zu den Kosten der bevorstehenden Polizeieinsätze beantwortete Reuls Innenministerium nicht.

Die Initiativen kritisieren den jetzt unmittelbar drohenden Atommüll-Tourismus schon seit Jahren als „unsinnig“ und „gefährlich“. Denn angeordnet worden war die Räumung des Jülicher Atommülllagers, in dem Hunderttausende Brennelementkugeln des ehemaligen Hochtemperaturreaktors (HTR) des ehemaligen Kernforschungszentrums Jülich lagern, wegen angeblicher Erdbebengefahr bereits 2014. Doch spätestens seit 2022 ist klar: Diese Gefahr existiert gar nicht.

### Kritik an Ahaus als Zwischenlager

Zusätzlich gilt Ahaus als vorläufiges Ziel des hochradioaktiven Atommülls als ungeeignet. Das dortige Zwischenlager sei „eines der bundesweit ältesten mit den dünnsten Wänden“, warnen Anti-Atom-Initiativen. Eine „heiße Zelle“, in der das hochradioaktive Material vor einer möglichen Endlagerung „konditioniert“, als für Jahrtausende sicher verpackt werden könnte, existiert in Ahaus ebenfalls nicht.

Außerdem läuft die Betriebsgenehmigung schon 2036 aus. Und da nicht nur SPD-Landtagsfraktionsvize Vogt befürchtet, dass die Atommülltransporte in bis zu 152 Einfahrten wegen der massiven Belastung der Polizei „vier bis acht Jahre“ dauern könnten, bedeutet das nach heutigem Stand: Wenn der letzte Castor in Ahaus angekommen ist, muss der erste bald schon wieder weg.

Die grüne NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur, die für die Atomaufsicht zuständig ist, sei „offensichtlich ihrer Aufgabe nicht gewachsen“, findet Atomkraftgegner Eickhoff. Eine Sprecherin Neubaus erklärte dagegen, über die Erteilung der Beförderungsgenehmigung entscheide „allein das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit“. Die politische Verantwortung trage also der Sozialdemokrat Schneider in Berlin.

In der Kritik steht aber auch CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst, der laut der Kritik den eigenen Koalitionsvertrag ignoriert. Denn in dem hatten Christdemokrat:innen und Grüne mit Blick auf die strahlenden Überreste des ehemaligen Kernforschungszentrums vollmundig versprochen, sich „für eine Minimierung von Atomtransporten“ einsetzen zu wollen: „Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben“, heißt es in dem 2022 unterzeichneten Dokument. „Doppelzüngig“ agiere aber auch die SPD, kritisieren die Anti-Atom-Initiativen. Schließlich könne deren Bundesumweltminister Schneider das BASE jederzeit anweisen, auf den „Sofortvollzug“ der Castortransporte zu verzichten.

„Alle drei Parteien haben politisch komplett versagt“, so Eickhoffs Fazit. Für den Tag der Bekanntgabe der Transportgenehmigung durch das BASE sind bereits Mahnwachen vor den Zwischenlagern in Jülich und Ahaus angekündigt. Für den 31. August rufen die Initiativen zu einem großen Anti-Atom-Spaziergang am

Atom Mülllager Ahaus auf.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Nuklearia.de

## Nuklearia-Aktion zum ARD-Sommerinterview mit Bärbel Bas

10. August 2025 22:18 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Nuklearia hat am Sonntag im Berliner Regierungsviertel ein klares Zeichen für die Kernkraft gesetzt. Parallel zum ARD-Sommerinterview mit der SPD-Co-Vorsitzenden und Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas standen wir auf der Spree-Treppe vor dem Reichstag und warben für sichere Jobs durch günstige Kernkraft und für ein Ende von Schlendrian und Verzögerungen bei der Endlagersuche. Unsere Präsenz war im Panorama des Interviews gut sichtbar; überregionale Medien hatten bereits im Vorfeld berichtet. Unsere Aktion blieb auch Bärbel Bas nicht verborgen – sie reagierte erkennbar auf unsere Präsenz, indem sie uns zuwinkte.

Die Nuklearia war bereits früh aufgestanden. Wir begannen um 8 Uhr und informierten den ganzen Tag über Passanten, verteilten Informationsmaterial und hielten unsere Banner bereit. Als am Nachmittag das Interview begann, standen wir in Position. In der Vorwoche war die ARD beim Gespräch mit Felix Banaszak (B90/Die Grünen) unserer Aktion noch ausgewichen; diesmal nicht.

Unser Anliegen ist dringlich. Die deutsche Industrie leidet unter hohen Energiepreisen, immer mehr Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Reaktivierte Kernkraftwerke könnten diese Arbeitsplätze sichern, wenn die SPD den Weg für eine Änderung des Atomgesetzes freimacht. Dann können wir die Kernkraftwerke instandsetzen und wieder in Betrieb nehmen!

Auch bei der Aufsichtsbehörde BASE, die für die Endlagersuche zuständig ist, besteht akuter Handlungsbedarf. Ein Brandbrief von Mitarbeitern an Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) berichtet von Missständen, die zu Verzögerungen und Geldverschwendung führen. Während Finnlands Endlager bereits im Probetrieb ist, gibt es in Deutschland noch nicht einmal eine Standortentscheidung. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe gegen das BASE.

Parallel zu unserer Aktion informierten wir in Interviews auf dem YouTube-Kanal »Beobachter Live« über die

Vorteile der Kernkraft. Unsere Berichterstattung stieß auch in den sozialen Medien auf große Resonanz.

---